

die Devisen. Immer wieder nachfragen und besonders über das Handling und das Verfallsdatum informieren.

HINTERGRUND

Diabetes: Es ist fünf vor zwölf

Wissenschaftler legen eine alarmierende Bestandsaufnahme zu Diabetes mellitus in Deutschland vor. **2**

Lagerdenken wird nicht gestoppt

Solange es getrennte Budgets gibt, wird aus der Integrierten Versorgung keine Erfolgsstory werden, sagen Experten. **3**

GESUNDHEITSPOLITIK

BMI bestimmt den Beitragssatz

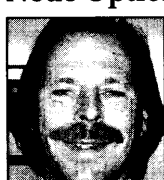
Wer Übergewicht hat, soll mehr an die Kasse zahlen: Wie drei Ärzte das Gesundheitswesen sanieren wollen. **8**

MEDIZIN

Erfolge mit Homöopathie

Eine begleitende homöopathische Behandlung bei Kindern mit neurologischen Erkrankungen kann die Symptomatik lindern. **10**

Neue Option bei Darmkrebs



Auf den Tyrosinkinase-Hemmer Gefitinib plus Zytostatika sprechen mehr Patienten an als auf Zytostatika allein, so Professor Hans-Joachim Schmoll. **11**

WIRTSCHAFT

Kassentätigkeit muß Praxis tragen

Das Sozialgericht in Freiburg sieht dies anders. Ein Anspruch auf ein angemessenes Honorar gibt es nicht. **13**

PANORAMA

Hilfe für Aids-Waisen

4,7 Millionen Südafrikaner sind HIV-infiziert. Sterben die Eltern, kümmern sich oft die Großeltern um die Kinder. **16**

ÄRZTE-ZEITUNG Postfach 10 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63071 Bad Nauheim

Leser-Service:

Tel.: (061 02) 58 060
Fax: (061 02) 58 061 23

Redaktion:

Tel.: (061 02) 58 060
Fax: (061 02) 58 061 23
www.aerztezeitung.de
E-Mail: arzt@arztezeitung.de
Internet: www.arztonline.de

das Bundesgesundheitsministerium jetzt in einem an den Stolberger Arztrechtler Herbert Wartensleben gerichteten Schreiben aufgerufen.

Offenkundig befürchtet das Ministerium, daß Ärzte ihren Patienten doch relativ häufig statt der rezeptfreien Arzneien teurere rezeptpflichtige Medikamente verordnen, die dann weiterhin von

700 Aids-Tote in Deutschland

BERLIN (dpa). Aids-Experten beobachten erneut eine Zunahme von riskantem Sexualverhalten, vor allem unter homosexuellen Männern. Befragungen zufolge würden in dieser Gruppe jetzt wieder seltener Kondome benutzt und mehr Risikokontakte eingegangen, so das Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin im Vorfeld des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember. In Deutschland leben nach RKI-Schätzungen bis zu 45 000 HIV-Infizierte. Jedes Jahr stecken sich hier etwa 2000 Menschen mit dem Aids-Erreger an. 600 bis 700 Infizierte sterben an den Folgen. Seit Beginn der HIV-Pandemie haben sich hier etwa 65 000 Menschen infiziert. **Siehe auch Seite 4**

lich teurer werden.

Vorsorglich baut das Ministerium deshalb schon jetzt ein Drohpotential auf, das aber auch als Hilfestellung für Ärzte in der Kommunikation mit Patienten verstanden werden kann. Mit Berufung auf das Wirtschaftlichkeitsgebot argumentiert das BMGS: „Rezeptfreie Arzneimittel (sollen) angewendet werden, wenn sie zur Behandlung medizinisch notwendig,

Arzneimittelhersteller sich vor Tal der T

Massive Einschnitte bei Arbeitsp

BERLIN (HL). Fast jedes zweite mittelständische Pharma-Unternehmen sieht durch die Gesundheitsreform seine Existenz als gefährdet an. 80 Prozent der Firmen fürchten ein „Sterben des Mittelstandes“. Das sind Ergebnisse einer Studie der Steinbeis University Berlin, die von der WestLB und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) in Auftrag gegeben und gestern bei der BPI-Unternehmertagung in Berlin vorgestellt worden ist.

Die Eingriffe des Gesetzgebers – 16 Prozent Zwangsabbau und Ausgrenzung von rezeptfreien Arznei-

Stoppen juristische Probleme

Staatsrechtler und Juristen der KBV sind sicher, daß die Praxis

BERLIN (tg). Staatsrechtler und Juristen rütteln an einem Pfeiler der Gesundheitsreform – der Praxisgebühr. So wie gedacht, kann die Praxisgebühr womöglich gar nicht eingeführt werden.

Diese Auffassung vertreten der Staatsrechtler Professor Hermann Butzer und Juristen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). Ihr Ansatzpunkt: Die Ärzte sollen per Gesetz gezwungen werden, das Geld – das als Bestandteil ihres Honorars ausgegeben wird –

auch noch auf eigene Kosten einzutreiben. Damit, argumentieren die Juristen, habe der Gesetzgeber sich selbst eine Menge juristischer Probleme aufgehalst. Niedergelassene Ärzte sollen laut Gesetz zwar die Praxisgebühr einnehmen; sie dürfen aber, wenn der Patient nicht zahlt, kein Mahnverfahren betreiben.

Im Detail stellt sich das Problem für die Juristen so dar: Praxisgebühren gelten als öffentlich-rechtliche Mittel. Sie gehören den Krankenkassen. Der Gesetzgeber hat